

229. Sitzung des Grossen Gemeinderates

28. April 2014, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

| | |
|----------------------|--|
| Vorsitz | Didier Bieri, GGR-Präsident |
| Anwesende Mitglieder | <p>BDP Patrick Bürchler Heinz Egli Silvia Egli Martin Peter</p> <p>EDU Benjamin Carisch</p> <p>EVP Andreas Bürki Anna Fink Jürg Leuenberger Markus Wenger</p> <p>FDP Rolf Schmutz Monika Wenger Rino Werren</p> <p>FS/ GLP Louise Bamert René Barben Ueli Haldimann Pia Hutzli</p> <p>GS Dani Brügger Nadja Keiser Bernhard Stöckli</p> <p>SP Christine Bernet Ruedi Bernet Didier Bieri Irma Grandjean Walter Holderegger André Sopranetti Albert Trummer</p> <p>SVP Alfred Dummermuth Andreas Grünig Hans Leuthold Jürg Staudenmann Rudolf Thomann Ueli Zimmermann Peter Zurbrügg Markus Zurbuchen</p> |
| Anwesend zu Beginn | 34 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig |
| Vertreter Jugendrat | entschuldigt |

| | | |
|-----------------------|--|--|
| Sekretär | Konrad Sigrist | |
| Protokollführer | Adrian Zürcher | |
| Presse | Svend Peternell | Berner Oberländer/Thuner Tagblatt |
| ZuhörerInnen | 5 Personen | |
| Vertreter Gemeinderat | Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Christoph Hürlimann Monika Lanz Ursula Zybach | SP SVP SVP EVP FS FDP SP |
| Entschuldigt | Reto Gerber (Ferien) Matthias Maibach (Ferien) | FDP FS/GLP |

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 229. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Speziell begrüsst er Jürg Leuenberger (EVP), welcher als Ersatz von Markus Kiener zum ersten Mal an einer GGR-Sitzung teilnimmt.

Anlässlich der Grossratswahlen vom 30. März 2014 wurden zwei Personen aus Spiez in den Grossen Rat gewählt. Er gratuliert Ursula Zybach und Markus Wenger zur Wahl und wünscht ihnen viel Kraft und eine grosse Stimme zum Wohle unserer Gemeinde. Er dankt auch Franz Arnold für seine geleistete Arbeit im Grossen Rat in der letzten Legislatur.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird mit dem Geschäft Nr. 107 Sachkommission Soziales / Ersatznomination FDP ergänzt.

- 106 Protokoll der Sitzung vom 3. März 2014
- 107 Sachkommission Soziales / Ersatznomination FDP
- 108 Gemeindepolizeireglement / Teilrevision
- 109 Ortsplanungsrevision / Nachkredit
- 110 Trennsystem Stutz, Spiezwiler / Kreditabrechnung
- 111 Informationen des Gemeindepräsidenten
- 112 BLS-Werkstätte Spiez / Einfache Anfrage R. Schmutz (FDP)
- 113 Markierung von Parkplätzen durch Private / Einfache Anfrage A. Sopranetti (SP)
- 114 Charta für eine nachhaltige Mobilität / Einfache Anfrage W. Holderegger (SP)
- 115 Neubesetzung Stelle Peter Zingg / Einfache Anfrage H. Leuthold (SVP)

- 116 Budget 2015 / Einfache Anfrage H. Leuthold (SVP)
- 117 Uferweg Weidli-Ghei / Einfache Anfrage M. Wenger (EVP)
- 118 Verkürzung der Parkzeiten / Motion BDP-Fraktion (P. Bürchler)
- 119 Überprüfung des Strombezugs / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)
- 120 Investitionen im Schul- und Bildungsbereich / Motion SP-Fraktion (Ch. Bernet)
- 121 Gemeinnütziger Wohnungsbau / Überparteiliche Motion (M. Wenger)
- 122 Inertstoffdeponie Stegweid / Überparteiliche Motion (M. Maibach, R. Barben, FS/GLP)
- 123 Sandanlage / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)

V e r h a n d l u n g e n

106 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 3. März 2014

Das Protokoll wird genehmigt.

107 1.300 Grosser Gemeinderat

Sachkommission Soziales / Ersatznomination FDP

Beschluss (einstimmig)

Als neues Mitglied der Sachkommission Soziales wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 42 e) der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag der FDP

Herr **Rino Werren**, geb. 1984, Stockhornstrasse 27, Spiez; der Amtsantritt erfolgt per sofort; die Amtsdauer endet am 31. Januar 2017

108 1.12 Reglemente/Verordnungen

Gemeindepolizeireglement / Teilrevision

Ausführungen des Gemeinderates

Christoph Hürlimann: „Meister die Arbeit ist fertig, können wir sie gleich flicken“, könnte man meinen. Die Stimmberechtigten haben vor nicht allzu langer Zeit über das Gemeindepolizeireglement abgestimmt. Es werden nun Änderungen beantragt, welche dannzumal noch nicht bekannt waren. Der Kanton hat in einem Informationsschreiben bekannt gegeben, dass es bei den Hundetaxen Änderungen gibt. Es ist nicht mehr möglich, dass die Hundetaxen im Rahmen des Gemeindevoranschlages festgelegt werden können. Die Hundetaxen müssen separat geregelt werden. Deshalb muss der Artikel 38 angepasst werden. Die jährliche Hundetaxe beträgt zwischen Fr. 80.00 und Fr. 150.00. Der Gemeinderat hat so die Möglichkeit, die Hundetaxe anzupassen. Die Hundetaxe beträgt heute Fr. 100.00 (analog Steffisburg und Thun). Anerkannte Dienst-, Rettungs- und Therapiehunde sind von der Hundetaxe befreit. Es muss jedoch ein Ausweis vorgelegt werden.

Stellungnahme der Sachkommission Sicherheit

Irma Grandjean: Die Sachkommission Sicherheit hat das Geschäft geprüft. Die Änderung betrifft nur die Hundetaxe. Der Teilrevision kann zugestimmt werden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 34 : 0 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 c) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Teilrevision des Gemeindepolizeireglementes wird zugestimmt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 39 c) der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

**109 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen
Ortsplanungsrevision / Nachkredit****Ausführungen des Gemeinderates**

Jolanda Brunner: Sie hat bereits anlässlich der letzten GGR-Sitzung orientiert, dass es nochmals einen Nachkredit geben wird. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat der Gemeinde am 17. Februar 2014 gewisse Hausaufgaben gegeben und gewünscht, dass die Gemeinde Stellungnahmen zu den Einsprachen mit den dazugehörigen Gesetzesartikeln verfasst. Man hat gewusst, dass es knapp wird mit der Genehmigung der Ortsplanungsrevision. Heute kam die Verfügung des AGR, dass die Ortsplanungsrevision genehmigt wurde. Es sieht danach aus, dass nicht ganz alles so genehmigt werden konnte, wie dies an der Volksabstimmung beschlossen wurde. Es stellt sich auch die Frage, ob es während den nächsten 30 Tagen Beschwerden gegen die Genehmigung geben wird. Deshalb könnte es sein, dass einzelne Teile der Ortsplanungsrevision nicht inkraft gesetzt werden können. Die zusätzlichen Fr. 25'000.00 mussten investiert werden, damit das Beratungsbüro die geforderten Stellungnahmen erarbeiten konnte.

Stellungnahme der Sachkommission Planung, Umwelt und Bau

Bernhard Stöckli: Die Sachkommission Planung, Umwelt und Bau hat das Geschäft am 10. April 2014 bei der Bauverwaltung geprüft. Man ist der Ansicht, dass die Gemeinde bei diesem Geschäft nicht immer ganz glücklich agiert hat. Trotzdem müssen nun die Fr. 25'000.00 noch gesprochen werden. Deshalb empfiehlt, die Sachkommission auf das Geschäft einzutreten. Der Kanton hat hier der Gemeinde Hausaufgaben übertragen, welche er früher selber erledigt hat. Es ist klar, dass er auch in Zukunft versuchen wird, Kosten auf die Gemeinden zu übertragen, da man beim Kanton immer mehr sparen muss.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Nachkredit von Fr. 25'000.00 für die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Anhörungsverfahren zur Revision der Ortsplanung wird bewilligt.
2. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

**110 4.800 Abwasseranlagen
Trennsystem Stutz, Spiezwiler / Kreditabrechnung**

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme der Sachkommission Planung, Umwelt und Bau

Bernhard Stöckli: Die Sachkommission hat auch dieses Geschäft geprüft. Man ist froh, dass die Kreditabrechnung 20 % unter den bewilligten Kosten abschliesst. Es wird empfohlen, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Der Antrag wird gutgeheissen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 g) der Gemeindeordnung

beschliesst:

Die Kreditabrechnung betreffend Erstellung Trennsystem Stutz, Spiezwiler, mit Aufwendungen von Fr. 279'060.50 wird genehmigt.

111 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Strandweg / 100-jähriges Jubiläum

Franz Arnold: Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum des Strandweges konnten bei garstigem Wetter einerseits die neue Minigolf Open Standard Anlage in der Bucht und andererseits der neue Spielplatz am Strandweg in Faulensee eröffnet werden. Trotz des eher schlechten Wetters hat eine ansprechende Anzahl Personen an den Feierlichkeiten teilgenommen. Es war eine erfreuliche Veranstaltung mit entsprechend guter Resonanz. Nicht zuletzt die Bänke entlang des Strandweges wurden positiv erwähnt. Es handelte sich um eine würdige Initialisierung anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Strandweges. Herr Mützenberg, Grossneffe des Initianten des Strandweges, nahm ebenfalls am Anlass teil und konnte die eine oder andere interessante Geschichte erzählen.

Wunder von Bern / 60-jähriges Jubiläum

In den letzten Tagen wurde an verschiedenen Orten und in verschiedener Form das 60-jährige Jubiläum „Wunder von Bern“ gefeiert. Allgemein gilt es dazu zu bemerken, dass die Gemeinde Spiez gemäss einer Studie aus dem Jahr 2005 aus dem Tourismus eine Wertschöpfung von 13 % generiert. Das bereits erwähnte Jubiläum ist für Spiez nicht ganz unwesentlich, da die Touristen aus Deutschland die zweitstärkste Gruppe von Besuchern in unserer Gemeinde bilden. Was seitens der Spiez Marketing AG in Zusammenarbeit mit den Tourismus Organisationen Thun-Thunersee und Interlaken anlässlich dieses Jubiläums organisiert wurde, stiess auf breite und grosse Resonanz. Unter den Besuchern waren unter anderem Horst Eckel (82), Weltmeister 1954, sowie Jenő Buzánszky (89), Vizeweltmeister 1954. Es handelte sich um einen gefreuten Anlass und um wichtiges Marketing für die Gemeinde Spiez. Nicht zuletzt hat schliesslich der „Geist von Spiez“ das „Wunder von Bern“ überhaupt möglich gemacht. Das Bewusstsein dieses Ereignisses muss an die künftigen Generationen weitergegeben werden.

Verwaltungsrat (VR) der Spiez Marketing AG / Gemeindevertreter

Das Modell der Spiez Marketing AG wurde nach einer vierjährigen Projektphase im letzten Jahr vom Spiezer Souverän definitiv eingeführt. In dieser Pilotphase war er selber Präsident des Verwaltungsrates (VR). Dadurch gab es einige Situationen, welche für die Organisation suboptimal waren. Es ist aber auch klar, dass der Gemeinderat in einer so wichtigen Organisation weiterhin im VR vertreten sein muss. Er selber und Renato Heiniger, Abteilungsleiter Sicherheit, werden an der kommenden Generalversammlung aus dem VR zurücktreten. Neu wird seitens des Gemeinderates Vizegemeindepräsidentin Jolanda Brunner im VR Einsitz nehmen. Gemeinderätin Monika Lanz verbleibt im Verwaltungsrat. Im Weiteren wurden die Fraktionen bekanntlich angeschrieben, damit sich interessierte GGR-Mitglieder für einen Sitz im VR melden können. Der Gemeinderat hat aus den eingegangenen Vorschlägen Matthias Maibach (FS/GLP) als Vertreter in den VR SMAG bestimmt.

112 1.304 Einfache Anfragen BLS-Werkstätte Spiez / Einfache Anfrage R. Schmutz (FDP)

Rolf Schmutz: Gemäss Artikel vom 11. April 2014 im Berner Oberländer sei der BLS-Knotenpunkt Bern hoffnungslos überlastet. Eine zentrale Werkstätte im Raume Bern wird diskutiert. Das würde ev. bedeuten, dass die Kompetenzzentren Bönigen und / oder Spiez geschlossen würden. Die Gemeinden Bönigen und Interlaken wehren sich vehement gegen eine Schliessung der Werkstätte Bönigen. Laut diesem Artikel haben sie einen Experten beauftragt, welcher die Standortvorteile des Depots Bönigen prüfen sollte. Dieser Experte äussert sich, dass der Standort Bönigen strategisch wichtiger sei und Vorteile hätte gegenüber dem Standort in Spiez!

Die FDP-Fraktion hat dazu die folgenden Fragen:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den Plänen der BLS?
2. Wurde die BLS diesbezüglich bereits kontaktiert?
3. Wird der Gemeinderat sich mit gleicher Vehemenz wie das Oberland Ost für die Erhaltung der BLS-Werkstätte in Spiez einsetzen?

Stellungnahme des Gemeinderates

Franz Arnold: Rolf Schmutz wird für die Einfache Anfrage gedankt, es handelt sich um ein brennendes und wichtiges Thema. Die beiden ersten Fragen können mit Ja beantwortet werden. Betreffend die dritte Frage gilt es zu sagen, dass der Grad der Vehemenz, mit welcher sich die Gemeinde gegen eine allfällige Schliessung der BLS-Werkstätte Spiez zur Wehr setzt, unterschiedlich angeschaut werden kann. Sicher ist aber, dass sich der Gemeinderat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt des Standorts Spiez einsetzen wird. Wie der Presse entnommen werden konnte, setzt sich das Oberland Ost mit Vehemenz gegen die Schliessung der Werkstätte Bönigen ein. Grundsätzlich ist es zu erwarten, dass sich verantwortliche Behörden gegen solche Schliessungen wehren. Ebenso klar ist, dass ein Unternehmen eine solche Schliessung plausibel darstellen können muss. Dies umso mehr, als dass es sich bei der BLS um ein öffentlich-rechtliches Unternehmen handelt. Am 3. Dezember 2013 hat der Verwaltungsrat der BLS entschieden, die Fahrzeuginstandhaltung - bei der es in den Werkstätten Spiez und Bönigen geht - neu auszurichten. Auslöser dieses Entscheides des Verwaltungsrates war, dass die Werkstätte „Äbimatt“ in Bern auf das Jahr 2019 geschlossen wird. Die Schliessung erfolgt aufgrund der Tatsache, dass längere Hallen für das neue Rollmaterial benötigt werden. Zudem besteht ein grosser Sanierungsbedarf. Generell ist die BLS der Ansicht, dass die historisch gewachsenen Strukturen aus Betriebs- und Effizienzsicht an den heutigen Standorten (Bönigen, Spiez, Bern, Oberburg) suboptimal verteilt sind. Nach dem Entscheid des Verwaltungsrates hat die BLS mit der Evaluation eines neuen Standortes für eine Werkstätte begonnen. Dieser neue Standort muss verkehrstechnisch günstig zum Bahnhof Bern gelegen sein. Das Ziel zur Inbetriebnahme einer neuen Werkstätte im Raum Bern liegt zwischen den Jahren 2020 und 2025. Der definitive Entscheid über die Realisierung eines solchen Neubaus ist im Jahr 2016 vorgesehen. Von den übrigen drei Standorten soll nach Inbetriebnahme des neuen Standortes lediglich Spiez erhalten bleiben. Dabei handelt es sich um einen reinen Unternehmensentscheid. Nach diesem Verwaltungsratsentscheid ist klar, dass die BLS-Werkstätte in Spiez in jedem Fall langfristig und mindestens im heutigen Umfang erhalten bleibt. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Neubau im Raume Bern realisiert wird oder nicht. Er hat sich dies sowohl vom CEO, Bernard Guillelmon, als auch vom Präsidenten des Verwaltungsrates, Dr. Rudolf Stämpfli, nochmals versichern lassen. Das Bekenntnis der BLS zum Standort Spiez stützt sich auf umfassende Untersuchungen. Der Standort Spiez hat für die BLS insbesondere folgende Vorteile: Nutzung von bestehenden Stilllager in Thun, günstige Lage für die Wartung der BLS-Infrastruktur, gutes Zukunftspotenzial im Güterverkehr auf der Lötschbergachse für die direkte Linie von Rotterdam nach Genua. Weiter gilt es zu sagen, dass die BLS heute in Bern 49 Beschäftigte hat, in Bönigen 131, in Spiez 113 und in Oberburg 42. Das ergibt ein Total von 335 Beschäftigten in den vier Werkstätten. Längerfristig soll das Personal um 6 % reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind keine Entlassungen vorgesehen. Die Standorte Bönigen, Oberburg und Spiez werden in den nächsten 10 Jahren so weiter betrieben wie bisher. Den-

noch wird sich der Gemeinderat in dieser Sache nicht zurücklehnen und am Ball bleiben. Die Fragen werden konkret wie folgt beantwortet:

Frage 1 „Hat der GR Kenntnis von den Plänen der BLS?“

Ja.

Frage 2 „Wurde die BLS diesbezüglich bereits kontaktiert?“

Zwischen der Gemeinde und dem Verwaltungsrat respektive der Unternehmensleitung der BLS bestehen regelmässige und enge Kontakte. Dabei werden beidseitig strategisch wichtige Themen diskutiert.

Frage 3 „Wird der Gemeinderat sich mit gleicher Vehemenz wie das Oberland Ost für die Erhaltung der BLS-Werkstätte in Spiez einsetzen?“

Der Gemeinderat wird sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für den Standort Spiez einsetzen. Anregungen und Unterstützungen (z.B. mit einer solchen Einfachen Anfrage) werden gerne entgegengenommen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema und der Gemeinderat wird in dieser Standortfrage auf jeden Fall am Ball bleiben.

Rolf Schmutz zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

113 1.304 Einfache Anfragen

Markierung von Parkplätzen durch Private / Einfache Anfrage A. Sopranetti (SP)

André Sopranetti: Vor über einem Jahr erfolgten im Rahmen des LIDL-Neubaus Anpassungen bei der Verkehrsführung an der Thunstrasse.

Kurz nach deren Fertigstellung wurden vor dem benachbarten Elektrogeschäft zwei Parkplätze im Auftrag Privater mit gelber Farbe und der Aufschrift „Elektro“ markiert. Diese Beschriftung soll wohl suggerieren, dass die Parkfelder exklusiv für das betreffende Geschäft reserviert sind.

Dazu folgende Fragen:

- 1) Liegt eine Bewilligung für diese privaten Markierungsmassnahmen vor?
- 2) Befinden sich diese zwei Parkfelder vollständig auf privatem Grund?

Muss mindestens eine der zwei Fragen mit nein beantwortet werden, stellen sich die Anschlussfragen:

- 3) Wann und was unternimmt die Gemeinde gegen solches eigenmächtiges Anbringen von Markierungen auf Verkehrsflächen?

Stellungnahme des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Er hat die Einfache Anfrage gestern erhalten und hofft, dass er innert dieser kurzen Zeit genügend Informationen zusammentragen konnte, um eine anständige Antwort geben zu können. Grundsätzlich würde er die Parkplatzsituation im Bereich Lidl/Landi/Elektro Sollberger nicht gerade als Wildwuchs bezeichnen, gewisse Ähnlichkeiten sind aber vorhanden. Offenbar fahren gewisse Automobilisten nachdem sie bemerkt haben, dass die Schranke beim Parkhaus Lidl geschlossen ist, wieder rückwärts auf Strasse zurück, um anderswo einen Parkplatz zu suchen. Er hat dies nicht geglaubt, bis er es selber gesehen hat. Oftmals wird dann auf die Parkplätze der Landi zurückgegriffen, sofern dort noch Platz vorhanden ist. Wenn dann die Landi Mitarbeitenden die jeweiligen Automobilisten auf diese Tatsache aufmerksam machen, kann festgestellt

werden, dass die Qualität des Anstandes, „welcher im Lidl gekauft werden kann“, nicht all zu hoch ist. Zur Beantwortung der Einfachen Anfrage: Die Bauverwaltung hat festgestellt, dass an besagter Stelle Markierungen angebracht wurden. Es handelt sich um zwei Parkplätze, welche markiert wurden. Der grosse Parkplatz, welcher sich in unmittelbarer Nähe des Geschäfts befindet, wurde nur auf privatem Grund markiert. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass für solche Arbeiten eine Baubewilligung eingeholt werden muss. Da diese Baubewilligung ausblieb, wurde dem Urheber dieser Malarbeiten seitens der Bauverwaltung eine Wiederherstellungsverfügung zugesandt. Daraufhin wurde von den Urhebern ein nachträgliches Baugesuch eingereicht. Zu diesem Baugesuch wurden seitens der Bauverwaltung wie üblich Amtsberichte eingeholt. Der Amtsbericht der Abteilung Sicherheit fiel negativ aus, da die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Der zweite Amtsbericht wurde beim zuständigen Oberingenieurskreis (OIK) eingeholt. Dieser war zwar etwas widersprüchlich, schliesslich fiel er aber positiv aus. Zu einem späteren Zeitpunkt hat er persönlich mit einem Verantwortlichen des OIK gesprochen. Seitens des Kantons spricht nichts gegen die Markierung des Parkplatzes. Nach Vorliegen der Amtsberichte wurde das Geschäft in der Planungs-, Umwelt- und Baukommission (PUB) behandelt. Schliesslich wurde den Bauherren ein Bauabschlag erteilt. Dies mit der Auflage, dass der Parkplatz aufgehoben respektive der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden muss. Gegen jeden Bauabschlag kann bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) Beschwerde geführt werden. Von diesem Recht haben die Bauherren Gebrauch gemacht und schliesslich wurde die Beschwerde von der BVE gutgeheissen. Gemäss der BVE hätte der Amtsbericht der Abteilung Sicherheit den Bauherren vor der Behandlung in der PUB zugestellt werden müssen. Dies trotz der Tatsache, dass die Beschwerdeführer vom Amtsbericht der Gemeinde Kenntnis hatten. Sie wurden lediglich nicht offiziell darüber informiert. Da die Beschwerde gutgeheissen wurde, musste die Bauverwaltung wieder auf Feld 1 beginnen. Die PUB hat daraufhin entschieden, das Verfahren erneut aufzunehmen. Zurzeit wartet die Bauverwaltung auf die Rücksendung der Akten seitens der BVE. Es handelt sich um eine verzwickte Angelegenheit und es gibt viele Möglichkeiten, die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes hinauszuzögern. Der andere Parkplatz liegt auf öffentlichem Grund. Da es sich um eine Angelegenheit der Abteilung Sicherheit handelt, hat diese entsprechend Stellung zu diesem Punkt genommen. Die Bauherren werden seitens der Abteilung Sicherheit erneut schriftlich aufgefordert, den widerrechtlich markierten Parkplatz blau zu markieren. Der ursprüngliche Zustand ist also wieder herzustellen. Aktuell steht die Abtretung der drei öffentlichen Parkplätze vor dem Coiffeur-Salon zur Diskussion. Beim Gemeinderat ist jedoch bis heute kein konkretes Kaufangebot der Liegenschaftsbesitzer der Thunstrasse 18/22 eingegangen. Es handelt sich also um eine langwierige Angelegenheit. Wenn beim zuerst erwähnten Parkplatz die Markierung entfernt wird, handelt es sich um eine rein private Parzelle. Dort dürfen dann auch gelegentlich Autos abgestellt werden, ohne dass die Gemeinde etwas dagegen tun kann. Für so etwas braucht es kein Baugesuch und es können auch keine Bussen ausgesprochen werden. Die Verantwortlichen der Gemeinde bleiben am Ball und versuchen, eine Lösung zu finden. Sollte der Neubau der Landi vorher fertiggestellt sein, könnte dies allenfalls eine gewisse Entlastung bringen.

André Spranetti zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

114 1.304 Einfache Anfragen

Charta für eine nachhaltige Mobilität / Einfache Anfrage W. Holderegger (SP)

Walter Holderegger: Gemeinden mit über 10'000 Personen werden bekanntlich als Städte anerkannt. Spiez ist mit über 12'000 Einwohnerinnen und Einwohnern Mitglied des schweizerischen Städteverbandes, dieser hat 131 Mitglieder. Neben kommunaler Infrastruktur, städtischer Sozialpolitik, Bildung, Sicherheitsfragen und Kultur ist auch die Mobilität eines der Kernziele dieses Verbandes. Informationen zur aktuellen und zukünftigen Entwicklung zu diesen Themenbereichen und gegenseitiger Austausch von Erfahrungen sind für die einzelnen Städte von zentraler Bedeutung.

Der Städteverband hat 2010 eine Charta im Rahmen der Städtekonferenz Mobilität für nachhaltige städtische Mobilität erarbeitet. Gegenwärtig haben diese Charta 54 Städte unterzeichnet.

Verkehrssysteme sind Teil eines übergeordneten Gesamtsystems auf begrenztem Raum. Spiez als regionaler Knoten beim individuellen wie beim öffentlichen Verkehr am Eingang zum Berner Oberland hat bis jetzt diese Charta aber noch nicht unterzeichnet.

Fragen:

1. Warum hat Spiez, im Gegensatz z.B. zu Thun, diese Charta (noch) nicht unterschrieben?
2. Gedenkt der Gemeinderat in absehbarer Zeit diese Charta ebenfalls zu unterzeichnen?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

115 1.304 Einfache Anfragen

Neubesetzung Stelle Peter Zingg / Einfache Anfrage H. Leuthold (SVP)

Hans Leuthold: Gebetsmühlenartig weist der Gemeinderat bei jeder sich bietenden Gelegenheit – letztmals Gemeindepräsident Franz Arnold im Berner Oberländer vom 26.04.2014 - darauf hin, wie er "die Hausaufgaben macht und Aufgaben und Leistungen überprüft und durchkämmt". Die Pensionierung von Peter Zingg bietet beste Gelegenheit, den Worthülsen endlich auch Taten folgen zu lassen.

Fragen:

1. Welcher Betrag kann die Gemeinde gesamthaft einsparen, wenn sie die Stelle nicht besetzt?
2. Hat der Gemeinderat, die einmalige Chance wahrgenommen und auf eine Neubesetzung verzichtet?
3. Wenn nein,
 - a. weshalb nicht?
 - b. Welche Gesamtkosten fallen durch die Neubesetzung jährlich an?
 - c. Wenn nicht jetzt, wann dann will der GR endlich sparen?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

116 1.304 Einfache Anfragen

Budget 2015 / Einfache Anfrage H. Leuthold (SVP)

Die Jahresrechnung 2013 schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von über 2.1 Mio.; der Voranschlag 2014 sieht einen solchen von 2.4 Mio. vor.

Fragen:

1. Plant der Gemeinderat für die Budgetierung „eine ausgeglichene Rechnung“?
2. Für „Otto-Normalverbraucher“ ist damit klar, dass die Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sein dürfen.
 - a. Liegt er mit seiner Einschätzung richtig?
 - b. Wenn nein, was ist unter einer "ausgeglichenen Rechnung" zu verstehen?
 - c. Was heisst das konkret für das Budget 2015 der Gemeinde Spiez?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

117 1.304 Einfache Anfragen Uferweg Weidli-Ghei / Einfache Anfrage M. Wenger (EVP)

Ausführungen des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Er wohnt bekanntlich im Ghei und ihn interessiert folglich diese Planung. Er hat diese Planung relativ nahe begleitet. Bei dieser Planung sind gewisse Spezialitäten aufgetaucht. Die offiziellen Antworten zu den Fragen liegen schriftlich vor. Der Weg führt kurz nach dem Kraftwerk oberhalb eines Schilfgürtels durch. Dieser Schilfgürtel wird nicht vom See her gespiesen, sondern von Wasser, welches oberhalb dieses Gürtels zufließt. Es heisst nicht vergebens „Dufti“. Es ist deshalb heikel oberhalb dieses Gürtels einen Weg zu erstellen, ohne den Wasserlauf zu beeinträchtigen und den Schilfgürtel zu gefährden. Weiter unten führt eine Ufermauer nach dem Schilfgürtel bis ins Tellergut. Diese ist rund 700 m lang. Diese Mauer gehört nach der Erstellung des Weges der Gemeinde und muss auch unterhalten werden. Diese Mauer ist teilweise in einem guten Zustand und wird nicht kurzfristig Probleme bringen. Bei der Liegenschaft Meier soll eine Aufschüttung erstellt werden. Dazu gab es eine Begehung mit allen involvierten Amtsstellen. Die kantonalen Vertreter haben ausgeführt, dass eine Aufschüttung nicht rechtmässig ist. Die Grundeigentümer sind eigentlich damit einverstanden, dass der Weg wie geplant erstellt werden kann. Für die Wahrung der Privatsphäre hätten sie aber eine gewisse Aufschüttung vorgesehen. Dies ist nun scheinbar nicht möglich. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung hat mitgeteilt, dass Erdbewegungen in diesem Gebiet nur für landwirtschaftliche Nutzung zulässig sind. Vielleicht muss er nun dort noch einige Kartoffeln setzen, damit dies möglich ist. Weiter unten befindet sich ein natürliches Ufer mit einer steilen Uferböschung. Hier wird es schwierig einen Weg zu bauen, welcher nicht ständig abrutschen wird. Dies wird eine Herausforderung sein. Weiter unten folgt ein Rastplatz, welcher sich kurz oberhalb des Bojenfeldes Ghei befindet. Dieser wird manchmal für gewisse Partys benutzt. Die Anwohner dulden den Lärm und räumen den Kehricht am nächsten Tag weg. Mit einem offiziellen Weg müsste eine offizielle Kehrichtinfrastruktur aufgebaut werden. Das Problem ist, dass es keine Zufahrt zu diesem Rastplatz gibt. Es müsste eine neue Zufahrt erstellt werden, damit der Kehricht abtransportiert werden kann. Es wäre ein Gewinn für den Tourismus, wenn dieser Weg erstellt werden könnte. Für die Anwohner bringt der Weg auch gewisse Nachteile. Auch für die Gemeindekasse wird die Erstellung Nachteile bringen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Natur und Pflanzenwelt mit der Erstellung eines Uferweges gewissen Schaden nehmen wird. Es ist ein sportliches Ziel, den Weg im Jahr 2015 zu realisieren. Er ist zu hoffen, dass dies eingehalten werden kann. Der Uferweg im Gebiet Tellergut ist beim Verwaltungsgericht noch hängig. Es ist nicht absehbar, wann es weitergehen wird.

Markus Wenger zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

118 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Verkürzung der Parkzeiten / Motion BDP-Fraktion (P. Bürchler)

Ausführungen des Gemeinderates

Christoph Hürlimann: Die Gemeinde ist seit einiger Zeit daran, wie es mit der Parkplatzbewirtschaftung auf dem gesamten Gemeindegebiet weitergehen soll. Das Geschäft wurde wegen dem Projekt „Let's swing“ jedoch zurückgestellt. Wie und wann „Let's swing“ kommt, ist zur Zeit noch unsicher. Die Parkplatzbewirtschaftung wird nun vorbereitet. Im Herbst wird es wohl einige rote Köpfe geben. Die Motion ist nur zu einem Drittel eine echte Motion. Ein Parkleitsystem kann nur dort eingeführt werden, wo die Parkplätze geschlossen gezählt werden können (z.B. mit Barriere abgeschlossener Bereich oder Parkhaus). Im Bereich Bucht oder entlang von Strassen ist dies nicht möglich. Es gab vor einigen Jahren bereits eine Motion Bircher, welche ein Parkleitsystem forderte. Ein Parkleitsystem wird relativ hohe Kosten auslösen.

Stellungnahme des Motionärs

Patrick Bürchler: Er dankt für die Beantwortung der Motion und zieht diese zurück.

119 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Überprüfung des Strombezugs / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

Ausführungen des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Wer hat sich nicht schon über die Stromrechnung geärgert. Es wäre verlockend, wenn man billigeren Strom einkaufen könnte. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort die Begründungen geliefert, warum die Motion nicht überwiesen werden soll. Die Kündigung des Vertrages ist erst im Jahr 2023 erstmals möglich. Im gegenseitigen Einvernehmen könnte der Vertrag vorher aufgelöst werden. Das ganze Verteilnetz ist im Besitz der BKW. Dieses müsste von der BKW übernommen werden. Wie hoch diese Übernahmekosten wären, ist zur Zeit nicht bekannt. Die BKW hat in Spiez 55 Arbeitsplätze. Der Gemeinderat wird in nächster Zeit mit der BKW einen Termin vereinbaren und über den Strompreis diskutieren. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat die Motion nicht zu überweisen.

Stellungnahme des Motionärs

Jürg Staudenmann: Er ändert die Motion insofern ab, dass der Termin nicht Ende 2014 sondern bis Ende 2015 verlängert wird. Im Weiteren hält er an seiner Motion fest. Der Gemeinderat will mit der BKW verhandeln. Von dort her ist es wichtig, dass dem Gemeinderat der Rücken gestärkt wird. Wenn er vom GGR Unterstützung erhält, kann er auch anders auftreten. Es ist ein wichtiges Anliegen, dass dieser Bereich überprüft wird (z.B. Übernahme Stromnetz oder Anzapfen anderer Energiequellen). Er bittet, der Motion zuzustimmen.

Fraktionssprecher

René Barben (FS/GLP): Die FS/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Mit der BKW wurde am 1. Januar 2004 ein Vertrag über 20 Jahre abgeschlossen. Dieser ist erstmals auf 31. Dezember 2023 kündbar. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist nichts dagegen einzuwenden, den Strompreis laufend zu überprüfen, insbesondere wenn man die Entwicklung der Strompreise im liberalisierten Strommarkt verfolgt, stellt man fest, dass die Preise für Grosskunden markant gesunken sind. In diesem Zusammenhang wird in der Motion der SVP-Fraktion die Stadt Winterthur erwähnt, welche den Strom neu in Deutschland bezieht. Nicht alles, was in Winterthur liberalisiert und legalisiert wurde, dient der Fraktion FS/GLP als leuchtendes Vorbild. Laufend erreichen uns Meldungen über den Klimawandel respektive über die Klimaerwärmung. Wer sich auf Wanderungen in den Bergen aufhält, stellt fest, dass sich die Gletscher eindeutig und eindrücklich zurückentwickeln. Wie wir alle wissen, ist Deutschland aus der Atomenergie ausgestiegen und produziert seinen Strom zum grossen Teil wieder mit Braunkohlekraftwerken. Aufgrund des problematischen CO₂-Ausstosses ist dieser Weg keine Alternative. Wir müssen weiterhin unsere eigenen Produkte Wasser, Sonne, Wind oder andere erneuerbare Energien nützen und weiter fördern. Dies sind wir unseren Kindern und unserer Natur schuldig. Die Gemeinderechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'167'007.15 ab. Der Gemeinderat diskutiert die strategische Ausrichtung und überprüft die Leistungsziele. Wo kann und wo soll gespart werden. Bei der aktuellen Situation ist dies nachvollziehbar und richtig. Beim Verkauf des Räumli wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinde nur das bewirtschaften und unterhalten will, was sie zwingend für die Aufgabenbewältigung benötigt. Die Gemeinde Spiez braucht kein eigenes Stromnetz, welches sie selber ausbaut und mit grossem personellen Aufwand unterhalten und betreiben muss. Bei der Wasserversorgung ist dies auch nicht möglich. Wenn sich die Gemeinde für eine nachhaltige Stromproduktion engagieren will, wäre es nachvollziehbar gewesen, wenn sie die Solaranlage auf den Neubau der Bibliothek/Ludothek/Verwaltung selber betrieben hätte. Die FS/GLP-Fraktion un-

terstützt den Antrag des Gemeinderates die Motion nicht zu überweisen und wartet auf die Ergebnisse der Gespräche mit der BKW.

Rudolf Bernet (SP): Es ist ein attraktiver Ansatz bei einem liberalisierten Strommarkt als Gemeinde zu schauen, ob man nicht zu besseren Konditionen Strom einkaufen könnte. Die Realitäten sehen aber etwas anders aus. Der Vertrag mit der BKW läuft lange. Aus der mehrheitlichen Sicht der SP-Fraktion ist es Wunschdenken, die BKW darauf zu drängen, mit uns echt über den Strompreis zu verhandeln. Die Gemeinde müsste etwas anbieten können. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Bei der finanziellen Lage der Gemeinde scheint es wenig wahrscheinlich, viel Geld in ein Stromnetz zu investieren. Die Konditionen müsste die BKW vorgeben. Gemäss Vertrag mit der BKW gäbe es Gründe, diesen ausserterminlich zu kündigen. Es heisst, dass Änderungen gesetzlicher Natur, ein Grund für eine vorzeitige Auflösung wären. Im Jahr 2004 war die Stromliberalisierung auf Bundesebene noch kein Thema. Dieses Gesetz wurde erst 2008 abgeschlossen. Man könnte vielleicht darauf pochen, dass sich die Rahmenbedingungen geändert haben und die bundesrechtlichen Grundlagen anders aussehen. Andererseits bleibt das Problem mit den Finanzen bestehen. Für die SP-Fraktion ist nicht nur der billigste Strom der Beste. Bei der BKW steht der Wasserstrom im Vordergrund. Das Ende des Atomstroms der BKW ist absehbar. Auch der Hinweis des Gemeinderates, dass 55 Arbeitsplätze der BKW in Spiez sichergestellt sind, ist ein Argument. Es wäre eine spezielle Situation, wenn die BKW der Gemeinde Spiez keinen Strom mehr liefern kann und die Arbeitsplätze aufrecht erhalten müsste. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion die Motion grossmehrheitlich ablehnen und unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates. Es ist wichtig, dass die Gemeinde mit der BKW Gespräche führt, aber lieber ohne politischen Druck und Dampf.

Markus Wenger (EVP): Die EVP-Fraktion liest die Motion, welche mit „der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen“, eigentlich als Postulat. Inhaltlich ist der Text so geschrieben, dass es sich um ein Postulat handelt. Der Gemeinderat ist verpflichtet, bei solchen Geschäften das Umfeld zu prüfen. Gerade bei der Energie wird in den nächsten Jahren Verschiedenes passieren. Die EVP-Fraktion ist hier sehr wohl darauf aus, dass solche Angebote geprüft werden. Dies nicht nur aus der preislichen- sondern auch auf der Nachhaltigkeitsseite. Es kann durchaus sein, dass wir in einigen Jahren ein Stromangebot haben, welches nicht viel teurer aber der erneuerbare Anteil wesentlich höher ist. Aus diesem Hintergrund kann die EVP-Fraktion dem Ansinnen als Postulat zustimmen, hingegen lehnt sie die Motion ab.

Jürg Staudenmann (SVP): Er nimmt zu drei Themenkreisen kurz Stellung:

Kohlenkraftwerke

In der Motion ist enthalten, dass auch der Herkunft des Stromes die nötige Beachtung geschenkt wird. In Deutschland herrscht ein Überschuss an Solar- und Windenergie. Der Strom kommt nicht nur aus Kohlekraftwerken.

Preise

Es spielt selbstverständlich eine Rolle, zu welchen Konditionen der Strom bezogen werden kann. Die Arbeitsplätze der BKW in Spiez sind nicht wegen der Stromlieferung in der Gemeinde Spiez entstanden, sondern wegen dem Kraftwerk.

Gemeinderechnung

Es ist nicht zwingend notwendig, dass die Gemeinde das Stromnetz der BKW kauft. Dies ist Gegenstand der Verhandlungen. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion nicht verpflichtet, den Vertrag mit der BKW zu kündigen. Er soll prüfen und bis Ende 2015 Bericht erstatten. Er ist sicher, dass dies geschieht und ein Bericht vorgelegt wird.

Allgemeine Diskussion

Daniel Brügger: Er dankt Jürg Staudenmann, dass er dieses Thema zur Diskussion gebracht hat. Es handelt sich um ein wichtiges Thema. Er dankt auch dem Gemeinderat für die ausführliche Information. Es scheint, dass man bei diesem Vertrag nicht reagieren muss. Es stört ihn, dass man vor allem auf den Preis schaut. Der Strom soll möglichst günstig werden. Dies ist für ihn der falsche Weg. Die Energie sollte aus seiner Sicht teurer werden. Deshalb ist es bei der Wahl eines Stromanbieters ein wichtiger Punkt, dass dieser ein ökologisches Gewissen hat. Die BKW geht in diese Richtung. Dies ist ein wesentlicher Punkt bei einem allfälligen Wechsel. Er wird die Motion nicht unterstützen, da kurzfristig kein Handlungsbedarf besteht. Er bittet den Gemeinderat, die gemachten Versprechungen, einen solchen Wechsel zu prüfen, ernst zu nehmen. Er erwartet zu gegebener Zeit eine Stellungnahme.

Beschluss (mit 21 : 10 Stimmen)

Die Motion der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betreffend Überprüfung des Strombezugs wird nicht überwiesen.

120 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Investitionen im Schul- und Bildungsbereich / Motion SP-Fraktion (Ch. Bernet)

Ausführungen des Gemeinderates

Monika Lanz: Die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde wurde bereits verschiedentlich angetönt. Im Budget 2014 ist ein grösserer Aufwandüberschuss budgetiert. Zwei Bauvorhaben im Bereich Bildung wurden hinausgeschoben. Im Schulhaus Spiezmoos war ein Erweiterungsbau geplant, obschon dieses vor nicht allzu langer Zeit saniert wurde. Im Zusammenhang mit der Tageschule und der Schulsozialarbeit wurde der Platz zu eng. Der Schulalltag ist nicht wirklich eingeschränkt, aber es ist eng. In Einigen war ein Doppelkindergarten beim Schulhaus geplant. Dort gibt es noch einige Hindernisse, welche das benötigte Land betreffen. Auf das nächste Schuljahr hin wird es schwierig, da mehr Kinder angemeldet sind und ein zusätzlicher Kindergarten eröffnet werden muss. Der zweite Kindergarten wird nun im alten Schulhaus eröffnet. Das Haus ist jedoch nicht in einem sehr guten Zustand. Grundsätzlich kann jedoch ausgeführt werden, dass die Schulhäuser in einem guten Zustand sind. Man muss kein schlechtes Gewissen haben, wenn diese zwei Projekte nicht sofort umgesetzt werden. Der Gemeinderat beantragt die Motion nicht zu überweisen, da die finanziell enge Situation bekannt ist. Der Gemeinderat möchte sich mit dieser Motion nicht einschränken lassen. Die Anliegen aus der Motion werden aber sicherlich in die Überlegungen des Gemeinderates einfließen.

Stellungnahme der Motionärin

Christine Bernet: Der Bereich Bildung hat in Spiez einen hohen Stellenwert. Die Bildungslandschaft ist auf einem qualitativ hohen Niveau. Es macht Freude in der Bildungskommission mitzudenken und mitzugestalten. In der Vergangenheit wurde in diesem Bereich viel Gutes geleistet. Sie konnte die Entwicklung mitverfolgen, da sie selber hier in die Schule gegangen ist. Sie hat sich viele Gedanken gemacht, ob es wirklich nötig ist, dass dieser Kindergarten gebaut und im Spiezmoos die Erweiterung vorgenommen wird. Die Erweiterung wird seitens der Betroffenen gewünscht. Im Kindergarten Einigen wusste man schon seit längerer Zeit, dass es mehr Kinder geben wird. Die SP-Fraktion findet trotzdem, dass die Bildung einen ganz wichtigen Stellenwert hat und weiter auch haben soll. Sie ist der Ansicht, dass es schön ist, wenn man „die Nase vorne hält“ und der Schule neue Räume zur Verfügung stellt. Aus diesem Grund hält sie an ihrer Motion fest.

Fraktionssprecher

Rudolf Thomann (SVP): Es handelt sich wieder um ein Motion, welche von der SVP-Fraktion nicht verstanden werden kann. Wir haben zwar momentan keine finanziellen Mittel, die Motionäre wollen aber trotzdem an den Ausbauwünschen festhalten. Dies löst bei der SVP-Fraktion nur ein Kopfschütteln aus. Fordern und nochmals fordern, aber woher sollen wir das Geld für all das nehmen? Es hat einmal jemand von linker Seite gesagt, man solle Münztee trinken. Dies sei gut für den Geist. Er hat sich informieren lassen, dass im Grossen und Ganzen die Schulhäuser und Kindergärten in einem sehr guten Zustand sind. Bei der Betrachtung der jüngsten Vergangenheit zeigt sich, dass in den Aussenbäuerten relativ neue Schulhäuser stehen oder ältere zumindest saniert worden sind. Auch im Zentrum wurden die Schulhäuser Längenstein, Spiezmoos und Hofachern saniert. Die in der Motion angesprochene Erweiterung im Schulhaus Spiezmoos hat momentan sicherlicht keine absolute Dringlichkeit. Dies umso mehr in der Gemeinde diverse Klassenschliessungen bevorstehen. Der Gemeinderat hat von den Schwachstellen im Kindergarten Einigen Kenntnis. Man kennt den Handlungsbedarf. Der Gemeinderat liegt mit seinen Begründungen zur Nichtüberweisung der Motion richtig. Die SVP-Fraktion wird diese Motion nicht unterstützen.

Walter Holderegger (SP): Der Gemeinderat lehnt die Motion mit finanzpolitischen Begründungen ab. Bei wichtigen Aufgaben, wie Strassensanierungen, Schutzprojekte, Modernisierung von Schulhäusern soll gespart und auf die Folgejahre verschoben werden. Bei den Schlussbemerkungen wird vom Gemeinderat festgehalten, dass die Anliegen der Motionärin trotzdem angemessen berücksichtigt werden sollen. Die beiden Projekte sollen aufgeschoben werden. Diese werden später teurer zu stehen kommen, wenn man nicht rechtzeitig handelt. Diese beschönigende und widersprüchliche Argumentation kann nicht nachvollzogen werden. Es wissen Alle, dass Stillstand einen Rückschritt bedeutet und erst noch höhere Kosten in den Folgejahren auslöst. Mit Hauruckübungen bei den Investitionen wird keine langfristige Finanzplanung angegangen. Er erwartet vom Gemeinderat eine mittel- bis langfristige Finanzplanung. Sparen um des Sparens Willen, um einer Steuererhöhung um ein oder zwei Jahre auszuweichen, wird mit Sicherheit grössere Folgekosten auslösen. Dies kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Das sind Alibiübungen pur. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion die Motion in überweisendem Sinn unterstützen.

Pia Hutzli (FS/GLP): Für die FS/GLP-Fraktion ist es wichtig, dass der Schulraum den Ansprüchen des Unterrichtes genügt. Es darf aber in der Infrastruktur im Bereich Bildung nicht gespart werden. Es stellt sich aber die Frage, ob die Motion der SP-Fraktion nicht zu weit geht. Die Gemeinde Spiez schaut sehr gut zu ihren Schulhäusern und Kindergärten. In den vergangenen Jahren wurden viele Schulhäuser saniert und erweitert. Sie war 15 Jahre in Spiez als Kindergärtnerin und Schulleiterin tätig. Es gab kein Jahr, wo es keine Neuerungen oder Sanierungen an Schulhäusern oder Kindergärten und Spielplätzen gab. Das Schulhaus Spiezmoos wurde vor nicht allzu langer Zeit saniert. Die Platzverhältnisse sind eng. Dies liegt einerseits an der Art des Baus mit den engen Treppenhäusern und Gängen. Ausserdem wurden die Tagesschule und die Schulsozialarbeit in das Schulhaus integriert. Diese schulergänzenden Massnahmen sind sehr wichtig und man ist darauf angewiesen. Der Kindergarten Einigen befindet sich seit langer Zeit im alten Schulhaus. Es ist ein Nachteil, dass sich dieser so weit vom Schulhaus entfernt befindet. Seit August 2013 ist der Kindergarten obligatorisch und Teil der Volksschule. Es ist ein Anliegen, dass sich die Kindergärten bei den Schulhäusern befinden. Trotzdem unterstützt die FS/GLP-Fraktion die Motion nicht. Obschon bei den beiden Projekten Handlungsbedarf besteht, müssen die Finanzen im Auge behalten werden. Je nach Situation muss eine Sanierung hinausgeschoben werden können. Die FS/GLP-Fraktion lehnt die beiden Projekte jedoch nicht ab.

Sylvia Egli (BDP): Wir haben gehört, dass der Kindergarten in Einigen zum Schulhaus verlegt werden muss. Dies ist sicher besser, als in den alten Kindergarten zu investieren. Knacknüsse sind aber im Moment die Zufahrt und das Land. Ein zweiter Kindergarten kann im alten Schulhaus einquartiert werden. Ein neuer Kindergarten in Einigen ist klar die dringendste Investition im Bildungsbereich, gerade wegen Harnos und allfälliger Basisstufe. Im Spiezmoos sind die Platzverhältnisse eng. Auch hier ist ein Anbau geplant. Gruppenarbeiten müssen in unbeheizten Gängen

stattfinden. Der Wunsch nach einem geheizten Mehrzweckraum ist klar da. Das Verständnis, dass dieses Projekt weiter hinausgeschoben werden kann, ist jedoch vorhanden. Im Längenstein könnte es in Zukunft allenfalls Räumlichkeiten für die Unterbringung der Tagesschule geben. Die Schule Spiez hat ihrer Ansicht nach eine sehr gute Infrastruktur. In den letzten Jahren wurde viel investiert. Hier haben alle Beteiligten eine super Arbeit geleistet. Gute Arbeitsbedingungen sind für die Lehrpersonen ein wichtiger Motivationspunkt. Der BDP-Fraktion ist die Bildung ein zentrales Anliegen. Man ist bestrebt, dass die gute Infrastruktur beibehalten und dass den beiden erwähnten Projekten das nötige Gewicht beigemessen wird. Die BDP-Fraktion vertraut dem Gemeinderat und den betroffenen Verwaltungsstellen, dass sie in dieser Angelegenheit weiter aktiv sein werden. Für die BDP-Fraktion ist die Motion übertrieben und kommt zum falschen Zeitpunkt. Allerdings wird die BDP-Fraktion auch bei anderen Investitionen kritisch sein. Man wird dem Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht zu überweisen, zustimmen. Mit dieser Entscheidung soll ein Zeichen gesetzt werden, dass man auch da sparen kann, wo man es nicht so gerne tut. Um ausgeglichene Finanzen zu erreichen, müssen alle etwas zurückstehen.

Anna Fink (EVP): Die Bildung ist in Spiez ein unverzichtbarer Rohstoff. Diese Meinung wird mit der Motionärin geteilt. Trotzdem unterstützt auch die EVP-Fraktion die Motion nicht. Die finanzielle Lage der Gemeinde ist schlecht. Die Ausgaben müssen in allen Bereichen sorgfältig überprüft und nach ihrer Dringlichkeit und Notwendigkeit festgelegt werden. Hier einen einzelnen Bereich auszuschliessen, ist weder seriös noch hilfreich. Wir sind in der glücklichen Lage eine sehr gute Schulinfrastruktur zur Verfügung zu haben. Bei den beiden erwähnten Situationen (Schulhaus Spiezmoos und Kindergarten Einigen) besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Der Gemeinderat ist sich dieser Tatsachen bewusst. Das Zurückstellen solcher Investitionen ist nicht erfreulich. Dies hat aber keinen negativen Einfluss auf die Qualität der Bildung. Dies ist sehr wichtig. Hier wollen wir „die Nase wirklich vorne haben“. Man stellt fest, dass die Gemeinde Spiez ihre Liegenschaften sorgfältig pflegt und unterhält. Dem Gemeinderat wird zugetraut, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird. Die notwendigen baulichen Anpassungen bzw. Neubauten im Bereich Bildung sollen schnellstmöglich und aus einer Gesamtsicht veranlasst werden. Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und lehnt die Überweisung der Motion ab.

Rolf Schmutz (FDP): Der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass der Gemeinderat aus einer Gesamthaltung plant. Der Investitionsplan 2015 berücksichtigt das Anliegen der Motionärin angemessen. Die Gemeinde pflegt und unterhält die Liegenschaften bedarfsgerecht. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass hier genügend getan wird und lehnt die Motion ab.

Daniel Brügger (GS): Er versteht die Argumentationen von gewissen Parteien nicht ganz. Alle sind für die Bildung, lassen aber den Gegenwind voll aufziehen. Er ist der Ansicht, dass solche Investitionen getätigt werden müssen, wenn sie notwendig sind. Sollten sie nicht benötigt werden, können diese durch den Gemeinderat gestrichen werden. Er wird die Motion unterstützen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SP-Fraktion (Ch. Bernet) betreffend Investitionen im Schul- und Bildungsbereich wird nicht überwiesen.

121 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Gemeinnütziger Wohnungsbau / Überparteiliche Motion (M. Wenger)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Es handelt sich um eine überparteiliche Motion zum Thema gemeinnütziger Wohnungsbau. Sie ist nach der Einreichung durch den Motionär noch abgeändert worden. Der Gemeinderat sieht das Anliegen grundsätzlich als unterstützungswürdig an. Spiez hat im Vergleich mit anderen Gemeinden nur einen sehr kleinen Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau. Es fehlten preisgünstige Wohnungen in Spiez. Es stellte sich die Frage, ob es neueingezonte Parzellen sein müssen oder ob es auch ein Bereich einer Parzelle sein kann, welcher bereits länger eingezont ist. Für den Motionär ist dies denkbar. Weiter wurde diskutiert, wie lange eine solche Fläche reserviert werden soll. Der Motionär hat deshalb die Motion so angepasst, dass es sich um eine Parzelle handeln soll, welche der Gemeinde gehört und für maximal 7 Jahre für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert werden soll.

Stellungnahme des Motionärs

Markus Wenger: Er hat dem Gemeinderat ein kleines Geschenk mitgebracht. Am Spiez Märit wurde mittels einer Petition 237 Unterschriften gesammelt. Der Gemeinderat wird dabei aufgefordert, für einen gemeinnützigen Wohnungsbau zu sorgen und Land dafür zu reservieren. Er überreicht die Petition mit den Unterschriften Gemeindepräsident Franz Arnold. Die Motion wurde dahingehend abgeändert, dass es sich nicht um neueingezontes Land handeln muss. Bauland soll nicht blockiert werden und kann deshalb nicht im Interesse dieses Projektes sein. Deshalb macht eine Beschränkung auf 7 Jahre Sinn. Bei Diskussionen zu diesem Thema hat er festgestellt, dass es Missverständnisse gibt. Der gemeinnützige Wohnungsbau, der soziale Wohnungsbau etc. wurden vermischt. Er möchte darauf hinweisen, dass es sich beim gemeinnützigen Wohnungsbau nicht um subventionierte Wohnungen handelt. Das Land und später die Wohnungen werden der Spekulation entzogen. Es handelt sich um eine nicht gewinnorientierte Trägerschaft. Meistens handelt es sich um Genossenschaften oder Stiftungen, welche solche Projekte bauen und bewirtschaften. Öffentliche Gelder werden meistens nur zu Beginn des Projektes benötigt (Vorprojekt, Überbauungsordnung etc.). Im Raum Zürich ist der gemeinnützige Wohnungsbau ein gewerbliches Anliegen, da man festgestellt hat, dass es für Gewerbebetriebe wesentliche Vorteile bringt. Im Berner Oberland ist diese Art von Wohnraum selten und noch weit zurück. Deshalb macht es Sinn, hier in Spiez einen Schritt vorwärts zu machen. Es gibt vier wesentliche Vorteile, welche ein solches Projekt bietet:

1. Tiefere Wohnkosten für die Bewohner dieser Wohnungen mit Eigenverantwortung
2. Bessere Bauqualität
3. Bessere Verankerung in der Region und beim Gewerbe
4. Bessere Landnutzung

Zusätzlich ist bezahlbarer Wohnraum in Spiez ein wesentlicher Punkt für Familien und ein wichtiger Beitrag für die demografische Entwicklung. Attraktiver Wohnraum für ältere Personen könnte bewirken, dass Einfamilienhäuser frei werden für Familien. In der Regel werden solche Projekte im Baurecht realisiert. Das heisst, dass der sofortige Buchgewinn für die Gemeinde nicht eintritt. Der Baurechtszins wird jedoch langfristig Vorteile bringen. Helft mit in Spiez eine enkeltaugliche Politik mit einem gemeinnützigem Wohnungsbau umzusetzen. Er bittet, die Motion zu überweisen.

Fraktionssprecher

André Sopranetti (SP): Die SP-Fraktion kann der Überweisung der Motion zustimmen. Gestützt auf eine Studie der Metron AG wurde bestätigt, dass man in Spiez hinsichtlich bezahlbare Wohnungen schlecht dasteht.

Hans Leuthold (SVP): Die SVP-Fraktion spricht sich gegen die Überweisung dieser Motion aus. Am 29. November 2009 haben die Stimmberechtigten dem Verkauf der Mehrfamilienhäuser am Gygerweg im Verhältnis von fast 3 : 1 zugestimmt. Für die SVP-Fraktion ist damit klar, dass die Spiezer Bevölkerung keinen gemeinnützigen Wohnbau will. Nachdem die Gemeinde Spiez ihre Zahlen für das Jahr 2013 zusammengestellt hat, ist klar, dass die fetten Jahre in Spiez vorbei sind. Wir müssen noch mehr Sorge tragen zu unserem Geld. Wir müssen keine enkeltaugliche Politik machen, wie dies die EVP will. Wir müssen an die nächste Generation (unsere Kinder) denken. Wir dürfen diesen nicht zu viele Schulden aufbürden. Die vom Motionär genannte Parzelle Bühl Nord ist dank der guten Lage für die SVP-Fraktion prädestiniert für einen Verkauf. Wir haben Investitionen getätigt (Bibliothek, Minigolfanlage etc.). Wir müssen nun schauen, dass wir die Schulden wieder etwas abbauen können. Deshalb muss das Land zu einem guten Preis verkauft werden können. Beim gemeinnützigen Wohnungsbau wird das Land nicht zu einem Markt- sondern zu einem Spezialpreis verkauft. Dadurch gehen der Gemeinde auch Gelder verloren.

Martin Peter (BDP): Für die BDP-Fraktion ist die Unterstützung von Bedürftigen Sache der Sozialen Dienste und sollte nicht mit Raumplanungsfragen verknüpft werden. Man hat nichts dagegen, wenn gewisse finanzielle Mittel aus der Mehrwertabschöpfung in Richtung soziale Aufgaben fließen. Diese sind so transparent und auch kontrollierbar. In Bern gab es grosse Probleme, als in Sozialwohnungen wohlhabende Mieter wohnten. Wie sollen solche Mieter wieder aus ihren Wohnungen entfernt werden. Wer kontrolliert dies und setzt dies durch? Die BDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Unterstützung von bedürftigen Personen personenbezogen und nicht objektbezogen erfolgen sollte. Wir sollten nicht den Bau von günstigen Wohnungen unterstützen, welche an allerbesten Lage sind. Diese Unterstützung kann für einzelne Wohnungen erfolgen, aber nicht für Wohnungen in neuem Land. Ältere Leute verlassen ihre Wohnungen oder Häuser nicht einfach so. Es handelt sich um sehr emotionale Momente. Die Motion stellt für ihn ein gewisses „Birchermüesli“ dar. Es wird viel vermischt und man sieht nicht mehr genau, was alles drin ist. Die BDP-Fraktion kann deshalb die Motion nicht unterstützen.

Allgemeine Diskussion

André Sopranetti: Der soziale und der gemeinnützige Wohnungsbau werden häufig verwechselt. Bei einem gemeinnützigen Wohnungsbau handelt es sich meistens um Genossenschaften. Mieter kaufen Anteilscheine und kommen für ihre Miete selber auf. Sie benötigen kein Geld vom Staat. Sie benötigen eine Wohnung, welche zahlbar ist. Dies ist wichtig für Familien mit einem geringeren finanziellen Einkommen. Diese Familien sollen auch die Möglichkeit haben, in einer angemessenen Wohnung mit einem gewissen Standard zu wohnen. Es handelt sich dabei nicht um Sozialwohnungen. Meistens benötigt die Bauherrschaft einzig eine gewisse Anschubfinanzierung. Die Gemeinde erzielt zwar nicht den optimalen Gewinn an den Meistbietenden, aber es kann ein anderer Gewinn für die Gemeinde erzielt werden, welcher zwar nicht schwarz auf weiss auf dem Papier ausgewiesen werden kann. Für viele Familien sind aber solche Wohnungen sehr wichtig. Es gibt auch ältere Leute, welche froh sind, wenn sie in eine altersgerechte Wohnung umziehen können. Der soziale und der gemeinnützige Wohnungsbau dürfen deshalb nicht verwechselt werden.

Heinz Egli: Er hat Verständnis für dieses Anliegen. Es stellt sich aber die Frage, ob die Gemeinde Spiez hier wieder einmal eine Vorreiterrolle einnehmen muss. Die Gemeinderechnung 2013 schliesst mit über Fr. 2 Mio. Ausgabenüberschuss ab und die Aussichten sehen schlecht aus. Innerhalb von zwei Jahren ist die Hälfte unseres Eigenkapitals weg. Es gibt Lösungen auch für ältere Leute. Mit dieser Motion wird die Gemeinde verpflichtet, sieben Jahre Bauland zu reservieren. Die Gemeinde wird dieses Geld benötigen. Denken wir nur an die zurückgestellten Investitionen. Dazu kommt, dass nicht nur die Bauparzelle reserviert werden muss, sondern es muss auch der gesamte Prozess kontrolliert und begleitet werden. Bei der Stadt Bern wohnten 53 % unberechtigt in diesen Wohnungen. Das Vertrauen ins System wurde massiv untergraben. Damit wurden die sozialpolitischen Ziele klar verfehlt und die Glaubwürdigkeit der Stadt Bern hat beträchtlichen Schaden erlitten. Es ist möglich, dass eine Stiftung Geld investieren will, aber die Gemeinde ist gezwungen,

das Land günstiger zur Verfügung zu stellen. Er appelliert an die Vernunft. Drängen wir die Gemeinde nicht in solche Verpflichtungen und bleiben vernünftig. Wir müssen schauen, die vielen Aufgaben der Gemeinde auch bezahlen zu können. Das Motto muss lauten, dass wir nur das bestellen, was wir uns auch leisten können. Er bittet, die Motion nicht zu überweisen.

Anna Fink: Die Gemeinde Spiez nimmt eben keine Vorreiterrolle in diesem Bereich ein. Man hinkt eher hinterher. Bei den genannten Wohnungen in der Stadt Bern handelt es sich um Sozialwohnungen. Es geht hier jedoch nicht um Wohnungen von Bedürftigen. In Spiez ist es für Familien schwierig, bezahlbare Wohnungen zu finden. Die demografische Entwicklung der Gemeinde ist auch ein strategisches Ziel des Gemeinderates. Hier muss aktiv etwas unternommen werden.

Ursula Zybach: Sie ist der Ansicht, dass die Motion sehr klar geschrieben ist. Man hat zwei Änderungen vorgenommen. Bei der Wahl der entsprechenden Landparzelle ist man frei. Es kann auch eine weniger attraktive Lage gewählt werden. Es handelt sich nicht um sozialen Wohnungsbau. Es geht rein darum, preisgünstigen Wohnungsbau zu ermöglichen. Das Land soll dem Markt entzogen werden, damit der Gewinn wieder in die Liegenschaft investiert werden kann. Sie ruft in Erinnerung, dass Spiez in diesem Bereich hinterher hinkt. Andere Städte machen in diesem Bereich viel mehr. In Spiez gibt es eine grosse Wohnbaugenossenschaft mit drei Häusern. Sie hat nun ein viertes dazugekauft. Sie besteht seit 30 Jahren und wurde von der Gemeinde mit einem Darlehen von Fr. 100'000.00 unterstützt. Dieses ist in der Zwischenzeit zurückbezahlt. Die Wohnbaugenossenschaft hat sehr gut gearbeitet und die Liegenschaften sehr gut unterhalten. Sie wäre eine mögliche Kandidatin, welche in diesem Bereich mithelfen könnte. Sie sieht die Motion als richtungweisend im Sinne einer gewissen Strategie, damit eine gute demografische Entwicklung in Spiez erreicht werden kann. Sie bittet, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen und die Motion zu überweisen.

Markus Wenger: Bei der Motion geht es nicht um sozialen Wohnungsbau. Es geht auch nicht darum, Land zu verschenken. Dies ist auch nicht die Absicht. Es geht darum, das Land der Spekulation zu entziehen. Man rechnet für den Bau einer Familienwohnung (4 Zimmer) üblicherweise mit einem Landanteil von Fr. 50' – 80'000.00. Wenn die Kosten höher sind, kann meistens keine Familienwohnung gebaut werden. Hingegen ist es so, dass die Gesamtkosten der Wohnung zum Preis, welche die Familie beim Einzug bezahlt, eine Differenz zwischen Fr. 50' – 150'000.00 aufweist. Wenn wir mit einem solchen Konzept bewirken können, dass das Land wertmässig gleich umgelagert wird über einen Baurechtszins, wie dies marktüblich ist, ist es immer noch möglich, ein solches Projekt zu realisieren. Die Differenz, welche sonst in verschiedene Hände fliesst, kann wertvoll für die Nutzer dieser Wohnungen investiert werden. Wer dann dereinst in diesen Wohnungen wohnt, regelt die Genossenschaft. Das Beispiel mit der Stadt Bern kann hier nicht herangezogen werden. Im Motionstext steht: „Der Gemeinderat wird aufgefordert, mindestens eine eingezonte Parzelle ganz oder teilweise für den gemeinnützigen Wohnungsbau für die Dauer von sieben Jahren zu reservieren“. Er bittet, die Motion zu überweisen.

Daniel Brügger: Er hat heute mehrmals gehört, dass die Gemeinde das Geld aus einem solchen Verkauf benötigt. Das strukturelle Defizit kann jedoch nicht mit dem Verkauf des „Tafelsilbers“ der Gemeinde gelöst werden. Er findet es falsch, wenn die Gemeinde Land verkauft. Deshalb ist es nachhaltiger das Land im Baurecht abzugeben, statt einen kurzfristigen Gewinn zu erzielen. Deshalb bittet er, die Motion zu unterstützen.

Beschluss (mit 19 : 13 Stimmen)

Die überparteiliche Motion (M. Wenger) betreffend gemeinnütziger Wohnungsbau wird überwiesen.

**122 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen
Inertstoffdeponie Stegweid / Überparteiliche Motion (M. Maibach, R. Barben,
FS/GLP)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, gegen die Aufnahme der Inertstoffdeponie Stegweid in den Regionalen Teilrichtplan Abbau und Deponie Beschwerde zu erheben.

Begründung:

Der entsprechende Standort liegt in einem Landschaftsschongebiet. Dies haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Spiez mit der Ortsplanungsrevision nochmals bekräftigt.

Für das Dorf Spiezwiler hätte diese Inertstoffdeponie eine bedeutende, nicht zumutbare Verkehrszunahme ab dem Autobahnanschluss via Simmentalstrasse zur Folge. Das Wohngebiet Spiezwiler ist bereits heute sehr belastet (im Jahr 2011 wurden täglich 7'936 Motorfahrzeuge gezählt, davon sind 585 Lastwagen). Diese Zahlen sind hochzurechnen auf die kommenden Jahre, dabei ist mit einer Verkehrszunahme von jährlich 1 % zu rechnen. Die Belastung ist bereits heute sehr hoch und eine zusätzliche Belastung der Wohnbevölkerung von Spiezwiler ist nicht zumutbar.

Die Motionäre: M. Maibach, R. Barben und 14 Mitunterzeichnende.

**123 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen
Sandanlage / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die an der GGR-Sitzung vom November 2012 bewilligte Sandanlage dem GGR bis Ende 2014 noch einmal vorzulegen.

Begründung:

Die finanzielle Lage der Gemeinde Spiez hat sich – wie der Abschluss 2013 zeigt – drastisch verschlechtert. Es hat keinen Platz mehr für „Nice-to-have-Investitionen“.

Der Motionär: H. Leuthold und 9 Mitunterzeichnende.

Schluss der Sitzung: 21:15 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

D. Bieri

A. Zürcher